



Volksanwaltschaft
Difesa civica
Defenüda zivica

22. März 2015

Ein Fall für die Volksanwaltschaft Beitrag der Volksanwältin Gabriele Morandell

Die Ersatzerklärung bringt Vereinfachung, ist aber sorgfältig auszufüllen.

Dank der Vereinfachung der Verwaltungsbescheinigungen ist es in vielen Bereichen möglich, öffentliche Zuwendungen oder andere Begünstigungen durch die Einreichung von Ersatzerklärungen zu erhalten. Wenn aber beim Ausfüllen dieses Dokuments Fehler oder Ungenauigkeiten unterlaufen, trägt allein die erklärende Person die Folgen davon. Wir haben dies Michele (erfundener Name) erklärt, der in einer bei der öffentlichen Verwaltung eingereichten Ersatzerklärung die Angabe eines Mindesteinkommens vergessen hatte.

In den Bereichen Gesundheit, Fürsorge, Vorsorge, Recht auf Bildung, geförderter Wohnbau sowie Vergabeverfahren ist die Möglichkeit, die notwendigen Voraussetzungen „selbst zu bescheinigen“, nunmehr sehr verbreitet. Der Antragsteller bescheinigt also persönlich das Vorhandensein der Voraussetzungen für die Teilnahme an einem Vergabeverfahren oder für den Erhalt eines öffentlichen Beitrags. Michele hatte diese Möglichkeit in Anspruch genommen, aber – so erklärte er uns – hatte bei der Angabe seiner finanziellen Situation einen Fehler gemacht. Er hatte nämlich nicht gemeldet, dass sein Sohn im Sommer einige Gelegenheitsarbeiten gemacht hatte, für die er ordnungsgemäß bezahlt worden war. „Ich habe diese Beträge einfach vergessen, ich wollte wirklich Niemanden betrügen. Was kann mir nun geschehen?“

Wir haben Michele erklärt, dass die öffentlichen Ämter Kontrollen über den Inhalt der Ersatzerklärungen durchführen; normalerweise handelt es dabei um Stichkontrollen, aber bei „begründeten Zweifeln“ können gezielte Kontrollen vorgenommen werden. Eine unrichtige, ungenaue oder unvollständige Erklärung kann nicht nur verwaltungsrechtliche Folgen (d. h. Ausschluss vom Vergabeverfahren, Rückerstattung des erhaltenen Betrags, Verwaltungsstrafen), sondern auch strafrechtliche Folgen haben, wenn betrügerische Absichten bestehen. Sollte nämlich die Amtsperson oder die mit einem öffentlichen Dienst beauftragte Person – meistens die, welche die Akte bearbeitet, der die Ersatzerklärung beigelegt wurde – feststellen, dass die Ersatzerklärung unrichtig ist, so muss sie die erklärende Person wegen unrichtiger Erklärung anzeigen (Art. 361 und 362 des Strafgesetzbuches). Man muss also darauf acht geben, die Ersatzerklärungen sorgfältig und genau auszufüllen.

Info

Sind sie der Auffassung, dass die öffentliche Verwaltung Ihnen gegenüber ungerecht war, oder sind Ihnen bestimmte bürokratische Verfahren nicht klar?

Wenden Sie sich an die Volksanwaltschaft, Cavourstr. 23/c, Bozen

Sprechstunden: Montag-Donnerstag 9.00-12.00 und 15.00-16.30 Uhr; Freitag 09.00 – 12.00 Uhr

Telefonnr.: 0471 301 155

E-Mail: post@volksanwaltschaft.bz.it

Formulare unter: www.volksanwaltschaft.bz.it



Südtiroler Landtag
Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
Cunsëi dla Provinzia autonoma de Bulsan

Volksanwaltschaft | 39100 Bozen | Cavourstraße 23/c
Difesa civica | 39100 Bolzano | Via Cavour, 23/c
Defenüda zivica | 39100 Bulsan | Strada Cavour 23/c

Tel. 0471 301 155 | Fax 0471 981 229
post@volksanwaltschaft.bz.it | www.volksanwaltschaft.bz.it
post@difesacivica.bz.it | www.difesacivica.bz.it